

Stephan Raabe	Leiter Außenstelle Polen
---------------	-----------------------------



17. Juni 2006

☎: 0048-22-8453894

Polen wie Iran?

Zu einem Bericht der FAZ über Menschenrechte in Polen

In Polen stünden Demokratie und Menschenrechte auf dem Spiel – jedenfalls wird dies vom Korrespondenten der FAZ, Konrad Schuller, insinuiert, wenn er schreibt: Polens Regierung bekomme „seit einiger Zeit von Menschenrechtsorganisationen Briefe wie sonst nur Weißrußland oder Iran“ („Unliebsame Briefe, FAZ vom 16. Juni). Dieser Vergleich ist maßlos und falsch. Untermuert wird er durch ein Bild, auf dem der polnische Bildungsminister Giertych von demonstrierenden Studenten in Polen in Hitlerpose gezeigt wird. Damit ist man auf dem Boulevard trivialer Historisierung angelangt.

Schon einmal hat sich Schuller arg in Urteil vergriffen, als er nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Polen im Oktober 2005 die Führer der erfolgreichen konservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), aus der der polnische Präsident Kaczynski und der Ministerpräsident Polens Marcinkiewicz stammen, mit Nationalisten wie Le Pen in Frankreich und Haider in Österreich in eine Schublade steckte. Auch sein Orakeln Anfang des Jahres (FAZ vom 21. Januar), die PiS könne sich „des Parlaments entledigen“ um einen „katholisch geprägten Obrigkeitsstaat“ durchzusetzen, ist mehr als weit hergeholt: Die Regierungspartei verfügt über 155 von 460 Sitzen und ist auf parlamentarische Koalitionen angewiesen. Eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit ist in weiter Ferne.

Nun den Streit um eine Homosexuellenparade derart zum Angelpunkt für Menschenrechte in Polen zu stilisieren (siehe auch „Verhöhte Fortpflanzung“, FAZ vom 9. Juni), ist völlig unangemessen. Diese Art von reißerischen Thesen und Vergleichen mag Aufsehen erheischend sein, seriös sind sie nicht. Gerade angesichts der sowieso schon nicht einfachen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland täte mehr Nüchternheit im deutschen Urteil über Polen gut bei der sonst anregend kritischen Berichterstattung Schullers.

Die „Gleichheitsparade“ fand schließlich statt mit rund 3.000 Teilnehmern, darunter führende deutsche Grünen-Politiker, die für die Parade unter dem Motto „Warschauer Pakt 2006“ warben, was zur Akzeptanz des Anliegens in Polen nicht beitrug. Dass die Demonstration über die internationale Bühne gehen konnte, liegt vor allem am Rechtsstaat in Polen: Das polnische Verfassungsgericht hatte frühere Verbote für unzulässig erklärt. Dass die FAZ der „Schwulenparade“ in Warschau gleich zwei ausführliche Beiträge und einen Bericht widmet, dagegen die fast gleichzeitig stattfindende Konferenz der polnischen Regierung zum 15. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrages nicht einmal erwähnt, ist bemerkenswert.

Durchaus von Interesse wäre es, den Gründen für die Ablehnung von Gleichheitsforderungen Homosexueller in Polen nachzugehen. Da stieße man auf grundsätzliche Wertefragen, die mit dem Glauben und der Moral der katholischen Kirche zu tun haben. In der Ablehnung von eheähnlichen homosexuellen Lebensgemeinschaften sind sich die polnische Regierung und Parlamentsmehrheit unter Einschluss weiter Teile der Opposition mit dem deutschen Papst Benedikt XVI. einig. Wenn europäische Institutionen in sensiblen ethischen Fragen etwa in Bezug auf Ehe und Familie oder wie aktuell beim Embryonenschutz einen anderen Takt vorgeben durch die Finanzierung von Embryonennutzung oder die Propagierung bestimmter homosexueller Gleichheitsforderungen, sollten sie sich der Sprengkraft ihres Tuns bewusst sein.